

Warum der deutsche Islam in der Spendenfalle steckt

Stand: 29.12.2018 | Lesedauer: 3 Minuten



Von **Matthias Kamann**
Politikredakteur

Viele Moscheegemeinden sind abhängig von Millionen-Überweisungen aus den Golfstaaten. Die Transfers von Fundamentalisten beunruhigen liberale Muslime. Sie fordern Autonomie – aber ohne Anlehnung ans Kirchensteuersystem.

Bei liberalen und dialogbereiten Muslimen wächst der Unmut über die Abhängigkeit deutscher Moscheegemeinden von Finanzhilfen aus dem Ausland. Nachdem die Frauenrechtlerin und Moscheegründerin Seyran Ates (<https://welt.de/186074576>) intransparente Zuwendungen aus den Golfstaaten und der Türkei beklagt hatte, kritisierte auch die Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde (<https://welt.de/181479564>) die Geldflüsse: „Wir halten es für sehr wichtig, dass deutsche Moscheegemeinden finanziell unabhängig sind, sodass es keinen Einfluss auf das Glaubensleben der hiesigen Muslime geben kann“, sagte Imam Said Ahmad Arif WELT AM SONNTAG.

Für die eher säkulare Türkische Gemeinde in Deutschland forderte ihr Bundesvorsitzender Gökay Sofuoglu (<https://welt.de/178175556>), in der Deutschen Islamkonferenz die Finanzierung muslimischen Glaubenslebens „mit allen möglichen Ansprechpartnern zu diskutieren“.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek (</themen/aiman-mazyek/>), regte zur Verringerung der Abhängigkeit von ausländischen Finanziers eine Moscheeabgabe in Deutschland an, deren Erträge unter Beteiligung einer staatlichen Stiftung verteilt werden könnten.

Anlass für die Debatte sind zahlreiche Hinweise, dass arabische Stiftungen und Privatleute mit hohen Millionenbeträgen islamische Gemeinden in Deutschland bezuschussen und dabei Fundamentalisten bevorzugen. Die dadurch alarmierte Bundesregierung will nun laut

„Süddeutscher Zeitung“ (<https://www.sueddeutsche.de/politik/moscheen-golfstaaten-saudi-arabien-islam-1.4267755>) bei den Golfstaaten darauf dringen, jene Finanzhilfen vor der Zahlung bei deutschen Behörden anzuzeigen, um eine Überwachung zu ermöglichen.

Ein weiteres Problem ist der größte deutsche Islamverband, die Ditib. Sie greift auf Imame zurück, die aus der Türkei entsendet (<https://welt.de/185197848>) werden. 2016 waren es 970. Angeleitet wird Ditib von der Behörde für Religionsangelegenheiten beim türkischen Ministerpräsidenten. Die Behörde verfügte 2016 über rund 1,8 Milliarden Euro. Welcher Anteil davon nach Deutschland floss, ist nicht bekannt.

Um eine autonome Finanzierung deutscher Gemeinden zu ermöglichen, hatten Politiker in WELT (<https://welt.de/186074576>) eine Moscheesteuer nach dem Muster der christlichen Kirchensteuer vorgeschlagen. Hierbei ziehen die Finanzämter als Dienstleister der großen Kirchen von deren Mitgliedern Pflichtbeiträge ein, wofür die Kirchen dem Staat eine Gebühr von insgesamt rund 400 Millionen Euro zahlen.

Doch eine Übertragung dieses Modells auf Muslime scheitert schon daran, dass fast keiner der zahlreichen Islamverbände den dafür erforderlichen Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts hat. Dieser sei dem Islam auch nicht zu verordnen, meint Ates, die eine Moscheesteuer als Schritt zu einer „Verkirchlichung“ des Islams ablehnt und stattdessen eine stärkere Betonung der im Islam eigentlich vorgegebenen Abgaben (Zakat) fordert.

Sogar für die Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde, die in Deutschland den Körperschaftsstatus seit einigen Jahren hat, ist eine Moscheesteuer laut Imam Arif „keine Option“. Denn Spenden, so Arif, müssten „Ausdruck von Eigenengagement und persönlichem Beteiligungswillen“ sein. Das funktioniere auch bei den Ahmadiyya-Gemeinden in Deutschland, die sich durch ihre Mitglieder finanzieren könnten und somit unabhängig seien. Arif: „Es dürfte jetzt wichtig sein, bei allen in Deutschland lebenden Muslimen eine solche Spendenbereitschaft zu stärken.“

Offen ist aber, inwieweit dies flächendeckend möglich ist, solange es keine staatlichen Angebote zur Formalisierung des Spendeneinzugs oder wie in Österreich gesetzliche

Vorgaben zur inländischen Finanzierung gibt – und solange ausländische Geldgeber nur darauf warten, deutsche Regelungslücken auszunutzen.

Ein weiteres Problem sieht Sofuoglu von der Türkischen Gemeinde, die eine Moscheesteuer ebenfalls ablehnt, weil diese mit dem Islam nicht kompatibel sei. Die Suche nach Alternativen, sagt Sofuoglu, scheitere in Deutschland auch daran, „dass die Islamdiskussion in Deutschland so polarisiert ist, dass derzeit keine Sachdiskussion möglich ist“. Erst wenn sich Islamdebatten (<https://welt.de/182689990>), „auf die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft konzentrieren“ würden, könnten verbindliche Finanzregeln besprochen werden.

Lesen Sie alles Wichtige rund um Politik – im täglichen
Newsletter der WELT.

JETZT BESTELLEN

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/186248148>